

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	27 (1935)
Heft:	11
Vorwort:	Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 11

November 1935

27. Jahrgang

Tagesfragen.

Die Neuwahl der eidgenössischen Räte liegt hinter uns. Jede Partei freut sich über den Sieg, den sie erlangt hat und der darin besteht, dass die andern auch nicht gesiegt haben. Für den oberflächlichen Beobachter mag es ja scheinen, dass sich nicht viel geändert hat, ja dass es so ziemlich beim alten bleiben wird. In bezug auf den Ständerat trifft das wohl zu, doch nicht für den Nationalrat. Dort sind die eingetretenen Veränderungen grösser, als sie je gewesen sind seit Einführung des Proporz.

Die Zahl der Vertreter im Nationalrat betrug:

	1922	1925	1928	1931	1935
Katholisch-Konservative	44	42	46	44	42
Liberal-Demokraten	10	7	6	6	6
Freisinnig-Demokraten	58	59	58	52	48
Bauern und Bürger	35	31	31	30	21
Unabhängige (Migros)	—	—	—	—	7
Evangelische	1	1	1	1	1
Sozialpolitiker	5	5	3	2	3
Jungbauern	—	—	—	—	5
Sozialdemokraten	43	49	50	49	50
Kommunisten	2	3	2	3	2
Frontisten (1925 u. 1928 UDE, Genf) . .	—	1	1	—	2
Zusammen	198	198	198	187	187

Die Regierungsparaden, d. h. die Katholisch-konservative, die Freisinnig-demokratische und die Bauernpartei, die den Bundesrat stellen, mit Einschluss der Liberal-Konservativen, die ihnen getreue Gefolgschaft leisten bei allen reaktionären Beschlüssen, haben die erwartete Schwächung erfahren. Diese geht, besonders was die Bauern anbetrifft, sogar über die gehegten Erwar-

tungen hinaus. Seit 1922 ist die Mehrheit dieser Parteien fast ununterbrochen zusammengeschrumpft. Die Zahl ihrer Vertreter im Nationalrat betrug nach den Wahlen von

1922	147	Vertreter oder	74	Prozent aller Mandate
1925	139	»	70	»
1928	141	»	71	»
1931	132	»	71	»
1935	117	»	63	»

1931 wurde die Zahl der Sitze von 198 auf 187 vermindert. Trotz des Verlustes von 9 Mandaten hat sich das Vertretungsverhältnis der genannten Parteien damals nicht geändert. Um so grösser erscheint die Verschiebung vom 27. Oktober 1935, die der Regierungsgruppe einen Verlust von 15 Vertretern brachte. Es kann tatsächlich von einem Rutsch gesprochen werden, wenn auch keine Regierung gestürzt wird dadurch. Die Nationalräte, die den Fraktionen der Regierungsparteien angehören, sind seit 1922 von 74 auf 63 Prozent zusammengeschmolzen. Diese 63 Prozent bedeuten freilich immer noch eine Mehrheit. Diese wird aber in manchen Fragen nicht aufgebracht werden. Schon bisher marschierten einzelne Mitglieder dieser Fraktionen mit der Opposition. Je nach der Materie waren es bis 10, 15 oder gar 20 Vertreter. In einem solchen Fall würde die Stimmenzahl, auf die der Bundesrat sicher zählen kann, auf 100 oder gar noch darunter sinken. Da das absolute Mehr bei vollzähliger Besetzung bei 94 liegt, so zeigt das, wie brüchig die bisherige Regierungsmehrheit werden kann und wie die Mehrheitsverhältnisse viel zugespitzt sein werden als bisher. Es wird daher auch sehr darauf ankommen, ob die Volksvertreter wirklich im Ratsaal sind, wenn abgestimmt wird.

Die Opposition ist allerdings keineswegs einheitlich in ihrer politischen Richtung, und sie wird in manchen Fragen auseinanderfallen. Ein Teil wird sich geschlossen gegen die Abbaupolitik und gegen diktatorische Massnahmen des Bundesrates wenden. Man wird auf etwa 60 Stimmen der sozialistischen und bürgerlichen Linken zählen können, zu denen noch mehrere freisinnige und ab und zu vielleicht auch konservative Arbeitervertreter stossen können. Sehr ungewiss ist vorläufig noch die Haltung der Migrosvertreter. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese am allerwenigsten Anlass haben, etwa ausserordentlichen Vollmachten an den Bundesrat zuzustimmen. Es ist deshalb fraglich, ob der Bundesrat für seine Vorlage zum Schutz der Wirtschaft noch eine Mehrheit finden wird, und er muss sich gut überlegen, ob er unter diesen Umständen diesen parlamentarischen Kampf wagen will, der ausserdem ganz überflüssig ist.

Die Wählerzahlen ergeben ein noch ungünstigeres Bild für die Regierungsparteien als die Zusammensetzung im Rate selbst.

Von je 100 Wählern entfielen auf:

	1922	1925	1928	1931	1935
Katholisch-konservative Partei . . .	21,0	20,8	21,2	21,4	20,2
Liberal-demokratische Partei . . .	4,1	3,6	3,0	2,9	3,3
Bauern- und Bürgerpartei . . .	16,7	15,7	15,9	15,7	11,0
Freisinnig-demokratische Partei . . .	28,2	27,8	27,3	26,5	23,7
Regierungsparteien zusammen	70,0	67,9	67,4	66,5	58,2
Sozialpolitische Gruppe	2,3	2,2	1,9	1,1	1,0
Jungbauern	—	—	—	—	2,9
Sozialdemokratische Partei	23,6	26,2	27,6	28,9	28,1
Kommunistische Partei	1,9	2,0	1,8	1,9	1,4
Uebrige Parteien	2,2	1,7	1,3	1,6	8,4
Zusammen	30,0	32,1	32,6	33,5	41,8
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Der Anteil der Stimmen, den die hinter dem Bundesrat stehenden Parteien aufbringen an der gesamten Wählerzahl ist von 70,0 im Jahre 1922 auf 66,5 Prozent 1931 und nur noch 58 Prozent bei den neuesten Wahlen zurückgegangen. Dass die Freisinnig-demokratische Partei ihren Abbröckelungsprozess fortsetzen werde, war anzunehmen, ebenso dass die Bauern durch die Absplitterung der Jungbauern ernstlich dezimiert werden. Bemerkenswert ist aber ferner, dass die katholisch-konservative Bewegung, die ihre Stellung bisher fast bei jeder Wahl verstärken konnte, nun einen absoluten und prozentualen Rückgang erlitten hat. Die Konservativen haben das sicher vor allem ihrer unüberlegten Unterstützung der Initiative auf Totalrevision und der Bekanntgabe ihres reaktionären Revisionsprogrammes zu verdanken, dass sie am letzten Oktobersonntag nicht mehr als einen Fünftel der gesamten Wählerschaft hinter sich brachten. Das und die 14,000 Wähler (1,5 Prozent), die die Frontisten vom Genfersee bis zum Rhein mobilisieren konnten, ist ein sehr gutes Zeugnis für unsere Demokratie.

*

Die Front der Arbeit hat sich im Wahlkampf als solche nicht betätigt. Wo immer von «Front der Arbeit» die Rede war, geschah das zu parteipolitischen Propagandazwecken, was die Stimmberechtigten denn auch gut durchschaut haben. In der Rechts presse ist deshalb etwas höhnisch bemerkt worden, die Front der Arbeit sei zerfallen und ihr Ansturm sei missglückt. Diese Blätter werden, wie wir hoffen, bald einsehen, dass sie sich geirrt haben. Wir wussten im voraus, dass die Gruppen, die am 2. Juni für die

Kriseninitiative gestritten haben, bei den Wahlen nicht Arm in Arm zusammen marschieren werden. Die damalige Front ist nur durch die Wahlproklamation des Gewerkschaftsbundes markiert worden, die sich gegen die Abbau- und Diktaturpolitik gewendet hat. Man hat nach der Wahl im Zürcher «Volksrecht» festgenagelt: «Die wohl allzu vorsichtige Politik einzelner Gewerkschafter, die nicht mehr offen für die Sozialisten einzustehen wagten, hat Schiffbruch erlitten.» Wir werden weiter unten noch feststellen, wer Schiffbruch erlitten hat. Doch wenn es noch eines Beweises bedurfte, so hätte ihn der 27. Oktober gebracht: dass der vom Gewerkschaftsbund eingeschlagene Weg der einzig mögliche ist, um die politischen Mehrheitsverhältnisse und damit den Kurs der Politik in unserm Lande zu ändern. Es ist denn auch ganz falsch, zu behaupten, die Front vom 2. Juni sei zerstoben. Jene 425,000 Stimmen waren auch am Wahlsonntag da, wenn sie auch leider nur zum Teil die volle Konsequenz aus ihrer wirtschaftspolitischen Einstellung gezogen haben. Zählen wir zu den 265,000 Stimmen der Linken die ungefähr 60,000 Stimmen linksbürgerlicher Gruppen, die selbständig aufgetreten sind, und dazu noch rund 100,000 freisinnige Wähler, die am 2. Juni mit uns marschierten, so ist das der sichere Block gegen die Abbaupolitik, der zweifellos auch bei künftigen Abstimmungen wieder zur Stelle sein wird.

*

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Vormarsch, der seit 1922 ununterbrochen andauerte, diesmal nicht fortsetzen können. Der absolute Zuwachs von 248,000 auf 254,000 hält nicht Schritt mit der Vermehrung der Wählerzahl. Der Prozentsatz der sozialdemokratisch Stimmenden ist infolgedessen von 28,9 auf 28,1 gesunken. Man wird nicht einfach äussere Umstände für diese Stagnation verantwortlich machen können, und auch der Duttweiler-Sport gibt dafür keine genügende Erklärung. Allein wenn man, wie das in Zürich geschah, die einen ausschliesst, weil sie mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen, um dann einige Monate später als ganze Partei in die Einheitsfront mit den Kommunisten einzuschwenken, oder wenn man im eigenen Programm die Diktatur streicht und nachher mit einer Partei, die sich zur Diktatur bekennt, ein Wahlbündnis abschliesst, so fragt sich doch der Stimmberchtigte, was denn jetzt gelten soll. Und Tausende, die durch die Sozialdemokratie hätten gewonnen werden können, wussten nicht recht, woran sie waren. Eine Partei muss ihren Grundsätzen zuliebe auch etwa auf einen Sitz verzichten können. Damit zeigt sie ihren Charakter. Auch diese Schlappe kann heilsam sein, wenn daraus die richtigen Lehren gezogen werden.

Es hat sich bei diesen Wahlen bewahrheitet, was wir immer erklärt haben: Es genügt nicht, dass die Sozialdemokraten einen Machtauswuchs verzeichnen, sondern es bedarf auch einer Umstellung in den bürgerlichen Parteien, um der eidgenössischen Politik innert nützlicher Frist ein anderes Gesicht zu geben.

*

Der Zerfall der bisherigen Regierungsmehrheit bringt aber nicht bloss günstige Perspektiven. Je weniger die Regierung sich auf das Parlament verlassen kann, um so stärker wird ihr Bestreben, es ohne die Volksvertretung zu machen, mit ausserordentlichen Vollmachten und schliesslich mit Diktatur. Oesterreich ist ein abschreckendes Beispiel. Wenn auch bei uns noch keine unmittelbare Gefahr droht, so darf man nicht warten, bis die Gegner jeder Volksvertretung ernten können. Deshalb müssen sich alle wahrhaft demokratisch Gesinnten zusammenfinden, um eine neue Gruppierung zu schaffen, breit genug, um die Regierung auch in schwierigen Zeiten tragen zu können. Die Idee eines Rechtsblocks als Schrittmacher des Faschismus ist nach diesem Wahlergebnis, das trotz allem eine Linksschwenkung bedeutet, wohl ausgeträumt, hoffentlich für immer. Nur durch Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten kann der Bundesrat sich wieder den nötigen Rückhalt verschaffen im Volk. Die gerechte Zusammensetzung der Landesbehörde ist die erste Voraussetzung. Heute haben

je 52,000 freisinnige Wähler einen Bundesrat,
je 97,000 konservative Wähler einen Bundesrat,
97,000 bäuerliche Wähler einen Bundesrat,
254,000 sozialdemokratische Wähler keinen Bundesrat.

Werden die bürgerlichen Fraktionen, die heute noch über eine Mehrheit verfügen in der Bundesversammlung, den Mut aufbringen, eine Politik der Gerechtigkeit und Grosszügigkeit einzuleiten?